Bezugs-Preis
in der Hauptexpedition oder deren Ausgabestellen abgeholt: vierteljährlich ℳ 3.—, bei zweimaliger täglicher Zustellung ins Haus ℳ 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Oesterreich vierteljährlich ℳ 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Diese Nummer kostet auf allen Bahnhöfen und bei den Zeitungs-Verkäufern 10 Pf.

Redaktion und Expedition: 153 Fernsprecher 222 Johannisgasse 8.

Filialexpeditionen: Alfred Hahn, Buchhandlg., Universitätsstr. 3 (Fernspr. Nr. 4046), L. Lösche, Katharinenstraße 14 (Fernsprecher Nr. 2635) u. Königsplatz 7 (Fernsprecher Nr. 7505).

Haupt-Filiale Dresden: Marienstraße 34 (Fernsprecher Amt I Nr. 1713).

Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzgl. Bayr. Hofbuchhandlg., Lützowstraße 10 (Fernsprecher Amt VI Nr. 4603).

Morgen-Ausgabe.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis
die 6gespaltene Petitzeile 25 ₰.

Reklamen unter dem Redaktionsstrich (4gespalten) 75 ₰, nach den Familiennachrichten (6gespalten) 50 ₰.

Tabellarischer und Ziffernsatz entsprechend höher. — Gebühren für Nachweisungen und Offertenannahme 25 ₰.

Annahmeschluß für Anzeigen: Abend-Ausgabe: vormittags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: nachmittags 4 Uhr.

Extra-Beilagen (gefalzt), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbeförderung ℳ 60.—, mit Postbeförderung ℳ 70.—.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist wochentags ununterbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von E. Polz in Leipzig (Inh. Dr. B., R. & W. Klinkhardt).

Nr. 486. Freitag den 23. September 1904. 98. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Ein Teil der Steinsetzer in Plauen i. V. ist wegen Lohndifferenzen in den Ausstand getreten. (S. Sachsen.)

* Das kronprinzliche Paar wird nach seiner voraussichtlich im Januar stattfindenden Hochzeit im Stadtschloß zu Potsdam residieren. (S. Dtsch. Reich.)

* Die Herero sollen den deutschen Cordon durchbrochen haben. (S. L. Dep.)

* Als Zusammenkunftsort für die nächstjährige Hauptversammlung des Gustav Adolf-Vereins wurde Bromberg bestimmt.

* Die Verwaltung der Hibernia hat dem Antrage der Dresdner Bank auf Einberufung einer neuen Generalversammlung entsprochen, aber die vorgeschlagene Tagesordnung geändert. (S. Volksw. Teil.)

* Die russischen Hilfskreuzer „Smolensk“ und „Petersburg“ sind am Dienstag nördlich der Insel Djebel Tair im Roten Meere nach Suez dampfend gesehen worden.

* Es scheint sicher, daß die Japaner das Kuropatkin-Fort und andere Anhöhen westlich von Itsechan besitzen, die sie in verzweifeltem Ansturme nahmen und erfolgreich verteidigten. (S. russ.-jap. Krieg.)

* Der französisch-chinesische Zwischenfall in Peking ist erledigt. China hat um Entschuldigung gebeten. (S. Ausld.)

Ein notwendiger Nachtrag.

Der Fall Mirbach kann für die Oeffentlichkeit vorläufig als erledigt gelten, bis das preußische Parlament ihn wohl oder übel wieder aufgreifen muß. Auch wir hätten kaum Veranlassung, jetzt noch einmal auf ihn zurückzukommen, wenn wir nicht der Ueberzeugung wären, daß bei der Erörterung des leidigen Themas so ganz nebenbei einem Manne Unrecht geschehen wäre. In der Prozeßangelegenheit des Prinzen Friedrich von Sayn-Wittgenstein gegen den Frhrn. v. Mirbach brachte nämlich seiner Zeit der „Berl. Lok.-Anz.“ eine auch von uns notgedrungen wiedergegebene Erklärung, nach der die Pfleger dem Prinzen Sayn-Wittgenstein den ihm zustehenden Geldbetrag deshalb vorenthalten hätten, „um ihn vor seinen Gläubigern, deren hauptsächlichster — ein Bremer Lotterie-Kollekteur — den Prinzen fast vollständig in seiner Gewalt hatte, nach Möglichkeit zu sichern“. Ganz abgesehen davon, daß dies ein höchst merkwürdiger Grund war, der mit andern Worten darauf hinauslief, etwaigen Gläubigern des Prinzen das ihnen Zustehende vorzuenthalten, wird uns von informierter Seite auch mitgeteilt, daß der vom „Berl. Lok.-Anz.“ oder seinem „hohen Gewährsmann“ angegebene Grund durchaus unrichtig ist.

Die Notiz zielt auf den Generalbevollmächtigten des Prinzen Friedrich von Sayn-Wittgenstein, welcher früher Teilhaber einer Hauptkollekte der Hrzgl. Braunschw. Landeslotterie in Bremen war, also einen Posten innehatte, wie er in Preußen sehr viel von Offizieren a. D. versehen wird. Dieser Herr war schon mit dem Vater des Prinzen persönlich befreundet und seit Jahren Generalbevollmächtigter des Prinzen Friedrich, was er auch heute noch ist. Er hat stets in selbstloser Weise die Interessen des Prinzen vertreten, wie ihm von allen — außer vielleicht dem Herrn Pfleger a. D. v. Mirbach — bezeugt wird. Daß insbesondere der Gewährsmann des „Berl. Lok.-Anz.“ nicht gut auf diesen Herrn zu sprechen ist, hat seinen Grund darin, daß dieser Generalbevollmächtigte dem Prinzen die Mittel vorgestreckt hat, um gegen die Pfleger diejenigen gerichtlichen Schritte einzuleiten, welche jetzt durchweg zu Ungunsten der Pfleger durchgeführt sind. Außerdem hat dieser Generalbevollmächtigte dem Frhrn. v. Mirbach beim Landgerichte Potsdam auf Rückgabe derjenigen Beträge verklagt, über welche Frhr. v. Mirbach — wie es in den Gründen des Urteils des Kammergerichts wörtlich heißt — „rechtswidrig und auch im Widerspruch mit dem ihm bekannten Willen des Prinzen Friedrich verfügt hatte“, und welche Frhr. von Mirbach daher mit Zinsen zurückzahlen muß.

Wenn der Gewährsmann des Scherlschen Blattes weiter erklärt, Freiherr v. Mirbach habe berechtigte Bedenken gehabt, ob diese Gelder dem Prinzen Friedrich allein gehörten und er sie an diesen abliefern dürfe, die Berechtigung dieser Bedenken auch dadurch anerkannt sei, daß das Teilurteil dem Prinzen nur einen Teilbetrag zusprechе, so ist auch diese Erklärung unzutreffend und steht in direktem Widerspruche zu den vom Kammergericht getroffenen gerichtlichen Feststellungen. Denn das Kammergericht hat auf Grund der eidlichen Aussage des Advokaten Baillehache entgegen den Behauptungen des Freiherrn v. Mirbach festgestellt, daß dieser sich die Geldbeträge von Baillehache hatte schicken lassen, obwohl Herr v. Mirbach schon längst nicht mehr berechtigt war, solches zu tun, da sein Pflegschaftsamt schon seit Jahren zu Ende war und obwohl Baillehache ausdrücklich erklärt hatte, daß diese Gelder nur dem Prinzen Friedrich gehörten.

Wenn das Teilurteil des Kammergerichts dem Prinzen nur einen Teil (etwa 5000 ℳ von 8000 ℳ) zuspricht, so kommt das daher, daß Herr v. Mirbach unterdessen einzelne Schulden des Prinzen hatte bezahlen lassen und mit diesem Betrage gegen die Forderung des Prinzen aufrechnete.

Die Erklärung des „Berl. Lok.-Anz.“ verdreht also die Sachlage vollständig und operiert mit unzutreffenden Gründen. Noch entschiedener muß man es aber mißbilligen, daß auch die vollständig intakte Person des Generalbevollmächtigten des Prinzen angegriffen und gewissermaßen als „Halsabschneider“ hingestellt wird, obwohl er in selbstlosester Weise nur die Interessen des Prinzen vertreten hat, allerdings energisch auch gegen die so hochstehende und damals sehr mächtige Person des Freiherrn v. Mirbach.

Der Aufstand der Herero.

Landungsverhältnisse und Eisenbahn in Deutsch-Südwestafrika.

Am 30. September treten annähernd 100 Mann Eisenbahntruppen die Ausreise in das Schutzgebiet an. Wie die Deutsche Kolonialgesellschaft von maßgebender Seite erfährt, ist die Zeitungsmeldung, daß diese Truppen für den Bau einer Eisenbahn von Karibib nach Otavi Verwendung finden sollen, irrig. Ihre Bestimmung ist die Verbesserung der schlechten Landungsverhältnisse in Swakopmund. Es ist dort der Bau einer Landungsbrücke in Aussicht genommen, welche die Löschung der Güter erleichtern soll. Der Bau einer nach Norden führenden Eisenbahn wird bekanntlich durch die Otavi-Minen- und Eisenbahngesellschaft bewirkt. Die Arbeiten werden so nachdrücklich gefördert, daß voraussichtlich noch in diesem Jahre die Strecke von Swakopmund nach Omaruru betriebsfähig sein wird. Damit dürfte auch den Bedürfnissen der Verwaltung Rechnung getragen sein. Etwaige Pläne, die Eisenbahn Swakopmund—Windhuk über letzteren Ort hinaus nach Süden bis Rehoboth zu verlängern, dürfte seitens der Regierung nicht ohne vorherige Einholung der Zustimmung des Reichstages in Angriff genommen werden.

Unter den vorstehend erwähnten Truppen befinden sich auch drei Offiziere nebst einem Stabe von der topographischen Abteilung des Generalstabs. Der Mangel an guten Karten hat sich gerade während der jetzigen Unruhen sehr fühlbar gemacht. Die Aufnahmen werden auch dem Straßen- und Bahnbau wirtschaftlich zugute kommen. Die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes hat beschlossen, drei Techniker zu entsenden, da Mangel an solchen besteht.

Die militärische Lage.

Die neueste Meldung des Generals von Trotha hat in bezug auf die militärische Lage wieder eine Ueberraschung gebracht, und zwar allem Anschein nach eine angenehme. Während man bisher annehmen mußte, daß der Hauptteil der Herero nach Südosten in das Epukirotal geflohen wäre, von wo ihm der Weg nach Britisch-Betschuanaland offen stand, stellt sich jetzt heraus, daß er noch zum Eiseb und an dessen nördlichem Nebenflusse sitzt. Unsere Truppen aber halten das Epukirotal besetzt. Zwar lauten die Aussagen der Gefangenen über den Aufenthalt des Gegners verschieden und man muß damit rechnen, daß vielleicht die Herero sich in kleine Trupps auflösen und sich einzeln durchzuschlagen versuchen werden. General v. Trotha ist aber, wie seine Anordnungen zeigen, offenbar der Ansicht, bei Otjimene und Otjisondjou noch die Hauptmasse gegenüber zu haben. Während die Deimlingschen Kolonnen am Epukiro zu bleiben scheinen, ist die unermüdliche Kolonne Estorff wieder nördlich auf den Feind zu marschiert und war beim Abgang der Meldung mit der vordersten Abteilung (Volkmann) nur noch 10 km von ihm entfernt. Der Oberkommandierende scheint eine Flucht des Feindes in den wasserlosen Osten oder Norden für ziemlich ausgeschlossen zu halten, vielmehr wieder einen Rückmarsch nach Westen oder Nordwesten zu vermuten. Darauf läßt wenigstens die Meldung schließen, daß die westlich vom Feinde gelegene Linie Otjimbiade—Okosondaja gesperrt und daß Hauptmann Fiedler, der nordwestlich bei Waterberg steht, zum Eingreifen bereit ist.

Es ist somit der energischen Verfolgung, die nur unter außerordentlicher Anstrengung unserer Truppen möglich war, anscheinend gelungen, große Massen des Feindes am Uebertritt auf englisches Gebiet zu hindern und zu neuem Kampfe zu stellen. Allerdings macht sich jetzt auf unserer Seite ein dringendes Bedürfnis nach Ruhe, besonders um die Verpflegung zu ergänzen und die Zufuhr zu regeln, bemerkbar. Aber es scheint nach der „T. R.“ auch, nachdem erst die Truppen die gemeldeten Stellungen eingenommen haben, eine kleine Pause in den Operationen ohne Schaden möglich zu sein. Denn die Herero, deren Munition — nach den ganz geringen Verlusten unserer Truppen in der letzten Zeit zu schließen — auf die Neige geht, werden schwerlich ohne Not größere Unternehmungen beginnen. Hoffentlich winkt dann aber, wenn die Verpflegung wieder geregelt ist, noch als Lohn für so viel Mühen und Aufopferung unsern Kämpfern ein schöner, durchschlagender Erfolg.

Friedensgerüchte.

Aus Kapstadt kommen Friedensgerüchte. Ein den deutschen Truppen zuerteilter Spezialkorrespondent der „South African News“ depeschiert seinem Blatte, daß die letzthin eingelieferten Gefangenen fast einstimmig aussagen, daß ihre Landsleute zur Niederlegung der Waffen bereit sind. Die Häuptlinge, die eine schwere Bestrafung befürchten, haben mehrfach den Versuch gemacht, in das Ovamboland zu entkommen, wurden jedoch daran von ihren eigenen Leuten verhindert, die die Absicht haben, die Rädelsführer nach einer entscheidenden Schlacht den deutschen Befehlshabern auszuliefern. Salatiel (ein Sohn des verstorbenen Häuptlings Kambazembe) habe bereits Friedensverhandlungen mit Major von Estorff anzuknüpfen versucht, sei jedoch abschläglich beschieden worden. Alle Anzeichen deuten darauf hin, daß der Aufstand sich seinem Ende zuneige.

Der russisch-japanische Krieg.

Port Arthur.

Obwohl die amtliche Bestätigung fehlt, scheint es sicher, daß die Japaner das Kuropatkin-Fort und andere Anhöhen westlich von Itsechan besitzen, die sie in verzweifeltem Ansturme nahmen. Allen Versuchen der Russen, die Stellungen wieder zu erobern, wurde erfolgreich Widerstand geleistet.

Ein amerikanischer Kaufmann namens Davison ist aus Port Arthur in Tsingtau eingetroffen. Er erklärt, die Japaner hätten vor einiger Zeit die Wasserleitung von Port Arthur abgeschnitten, seitdem sei die Garnison für die Wasserversorgung auf Kondensatoren angewiesen. Wenn der Kohlenvorrat ausgehe, müsse die Stadt das Wasser der unreinen Eingeborenenbrunnen verwenden.

Vor Mukden.

Aus Mukden wird dem „L.-A.“ depeschiert, daß man dort den Beginn einer Schlacht stündlich erwartet. In der Gegend von Fuschun, 48 Kilometer östlich von Mukden wird, so glaubt man, der erste Zusammenstoß stattfinden. Bis jetzt ist noch alles ruhig.

Von Paitapo und Sunja südlich von Mukden aus unternahmen am Mittwoch große russische Abteilungen Vorstöße, um zu rekognoszieren, ob die Bewegungen der Japaner es notwendig machen, die Konzentrierung der russischen Hauptmacht am rechten Ufer des Hunho in rascherem Tempo durchzuführen. Insbesondere sollten sie erforschen, ob neue japanische Angriffe gegen das wichtige Defilé von Talin bevorstehen, das durch die vom Südosten führende Straße, sowie die Straße nach Tieling beherrscht wird. Meldungen besagen, daß die Japaner namhafte Verstärkungen erhielten.

Die russischen Kriegsschiffe in Schanghai.

Einer Schanghaier Drahtmeldung der „Times“ zufolge bewilligte die chinesische Regierung förmlich die Forderungen Japans bezüglich der Besatzungen der in Schanghai liegenden russischen Kriegsschiffe „Askold“ und „Grosowoi“; demnach werden die Besatzungen an Bord der Schiffe unter Ueberwachung chinesischer Kriegsschiffe bleiben.

Deutsches Reich.

* Leipzig, 22. September.

* **Ein Vorschlag zur Reichstagsersatzwahl in Jerichow.** Während die Sozialdemokraten es mit der Aufstellung ihres alten Durchfallskandidaten Beigt aus Gommern im Wahlkreise Jerichow sehr eilig gehabt haben, verlautet von den Plänen der bürgerlichen Parteien im Wahlkreise noch nichts. Zur Beleuchtung der Situation möge folgende zusammenfassende Aufstellung über die letzten Wahlergebnisse dienen:

Fürst Herbert Bismarck hatte das Mandat in den Jahren 1893 und 1898 im ersten Wahlgange erobert, während er in der vorjährigen Wahl erst in der Stichwahl siegte. Wenn Fürst Bismarck das letzte Mal auch noch mit einer sehr starken Mehrheit, nämlich mit 14565 Stimmen gegen 9742 sozialdemokratische, gesiegt hat, so haben sich doch die Stimmverhältnisse des Wahlkreises seit einem Jahrzehnt erheblich zu Ungunsten der Konservativen geändert. Denn während der Freisinn bei der Hauptwahl des Jahres 1898 nur 4026 Stimmen auf sich vereinigte, wurden im Vorjahre 6480 freisinnig-volksparteiliche Stimmen abgegeben. Noch stärker ist das Anwachsen der Sozialdemokratie. Sie hatte 1893 immerhin schon 4376 Anhänger, stieg 1898 auf 5758 und im Vorjahre auf 8140. Da die Konservativen das letzte Mal 10430 Stimmen aufbrachten, blieben sie immer noch die stärkste Partei des Wahlkreises, der vor der Bewerbung des Fürsten Bismarck nur ein einziges Mal, nämlich bei der Septennatswahl von 1887, in ihrem Besitze gewesen war.

Die Lage ist also nicht ganz unbedenklich; sie wäre es jedoch mit einem Schlage, wenn die beiden bürgerlichen Parteien des Kreises sich auf eine Persönlichkeit einigten, die es beiden von vornherein möglich macht, für sie zu stimmen. Stellen die Konservativen einen der Ihren mit dem üblichen starken agrarischen Zuschlag auf, so erschweren sie es den Freisinnigen außerordentlich, ihn in der dann höchstwahrscheinlichen Stichwahl zu wählen. Gewiß hatte auch der verstorbene Fürst Herbert eine sehr starke agrarische Ader, aber bei ihm trat diese Eigenschaft doch sehr zurück gegenüber der Tradition seines Namens und seiner großzügigen deutschnationalen Politik. Gerade dieser letztere Punkt veranlaßt uns, übrigens ohne jeden Auftrag, die Parteien auf einen Mann aufmerksam zu machen, der im Reichstage eine Lücke hinterlassen hat und besonders in nationaler Beziehung alle Gewähr bietet für warmes Wollen und großes Können. Wir meinen Professor Dr. Hasse. Auch persönliche Gründe empfehlen ihn als aussichtsvollen Kandidaten für diesen Wahlkreis, so seine vielfachen und nahen Beziehungen zum Hause Bismarck. Wir glauben ferner, daß Prof. Hasse gerade durch seine Bestrebungen auf kolonialem und damit doch auch handelswirtschaftlichem Gebiete den Liberalen nicht unsympathisch sein kann. Bei dem drohenden Moment, das in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen liegt, ist jedenfalls eine sorgfältige Auswahl der Kandidaten sehr geboten, und eine Kandidatur Hasse würde jedenfalls auch unter den obwaltenden Umständen den Besitz des Wahlkreises für das Bürgertum garantieren.

* **Das Bremer Urteil über Schippel in sozialdemokratischer Beleuchtung.** Die Erwartung, daß Schippel in Bremen „fliegen“ würde, hat sich nicht erfüllt, der Parteitag hat sich darauf beschränkt, zu erklären, daß er Schippels Verfahren gegenüber der Partei für unstatthaft hält und Schippel ein Mißtrauensvotum erteilt. Die „Sächs. Arbeiterztg.“ schreibt dazu:

Der Abgeordnete für Chemnitz ist nun in der angenehmen Lage, ein Vertrauensvotum seines Wahlkreises und ein Mißtrauensvotum der höchsten Parteiinstanz, des Parteitages, zu haben. Unser Hinweis darauf, daß diese neueste Gepflogenheit, den Wahlkreis gegen vermutzusichende unbequeme Beschlüsse der Gesamtpartei auszuspielen, die Einheit der Partei gefährden könne, ist damit bestätigt. Wir hoffen allerdings, daß die Chemnitzer Genossen nicht versuchen werden, ihren Beschluß dem des Parteitags entgegenzustellen, sondern daß sie sich ihrer Pflicht gegen die Gesamtpartei bewußt sind. Was eingetreten ist, mußte kommen, Schippel erleidet sein Schicksal nicht unverdient. Er hat es sich selbst gezimmert. Länger durfte die zweideutige Situation nicht dauern, wenn die Partei nicht zum Gespött werden wollte. Es ist erfreulich, daß die Befürchtung, die Kautsky über Schippel aussprach, die Partei möchte aus einem Ruhebedürfnis heraus, daß die theoretischen Streitigkeiten der letzten Jahre erzeugte, sich nicht gegen Schippel, sondern gegen seine Ankläger wenden, nicht eingetreten ist. Das ist ein erfreuliches Zeichen der inneren Gesundheit des Parteikörpers ebenso wie der würdige Verlauf der Schippeldebatte. Die Gegner, die wilde Scenen erwarteten, werden enttäuscht sein und sich schadlos zu halten versuchen, indem sie nach altbekannter Methode vom Ketzergericht reden. Mögen sie! Genosse Ledebour hat in seinem trefflichen Referat bereits vorgreifend gezeigt, daß von einer Unterdrückung der Meinungsfreiheit beim Vorgehen gegen Schippel nicht die Spur vorhanden ist. Das Gericht wider ihn war eine gebieterische Forderung und dringend geboten zur Wahrung der Würde der Partei!

Das heißt mit anderen Worten: Schippel möge nun machen, daß er aus der Partei hinauskomme. Wir haben bereits früher gesagt, daß Schippel tatsächlich nicht im geringsten sich verpflichtet zu fühlen braucht, das zu tun. Einigermaßen komisch berührt es dabei, daß erst die „Einheit der Partei“ als der Gefährdung ausgesetzt bezeichnet und nachher die innere Gesundheit der Partei gepriesen wird.

* **Die Schriftlichkeit der Dienstverträge.** Wer Gelegenheit hat, den Anlaß und Verlauf von Rechtsstreitigkeiten aus dem Dienstvertrage zu beobachten, der wird wissen, wie oft in solchen der springende Punkt lediglich in der Frage liegt, was eigentlich der Inhalt dieses Vertrages sei. Die Unklarheit der Abmachungen zwischen Dienstherr und Angestellten bringt die meisten dieser Prozesse hervor und bestimmt das in ihnen ergehende Urteil. Zu diesem wichtigen Thema bringt die „Privatbeamten-Ztg.“ einen Artikel, dem wir folgendes entnehmen: Ob wohl eine Aenderung dieser Rechtsprechung viel nützen würde? Ob etwa die Kaufmannsgerichte hierin besser urteilen werden als die Juristen? Sicherlich so lange nicht, als jene Unklarheit der Vertragsverabredungen zum eisernen Bestande unseres wirtschaftlichen Lebens gehört. Das einfachste und nächstliegende Mittel, um solche Streitigkeiten möglichst hintanzuhalten, ist die schriftliche Abfassung der Dienstverträge. Es ist sehr bedauerlich, daß mit dem Wegfall des gesetzlichen Schriftzwanges auch die freiwillige Anwendung der Schriftform mehr und mehr in Abnahme gekommen ist. Selbstverständlich schließt auch die Schriftlichkeit Zweifel, Undeutlichkeiten, Unvollständigkeiten und Mißverständnisse nicht völlig aus. Aber sie schränkt das Vorkommen solcher Vertragsmängel doch sehr erheblich ein. Bei der Niederschrift einer Abmachung muß Farbe bekannt werden, ob und inwieweit man gebunden sein will; und was nicht in die Urkunde aufgenommen ist, hat von vornherein die Vermutung gegen sich, daß es eben auch nicht Vertragsbedingung sein sollte. Deshalb liegt es im wohlverstandenen Interesse beider Teile, dafür zu sorgen, daß man etwas schwarz auf weiß besitzt; ganz besonders freilich im Interesse des Angestellten. Ihn als den wirtschaftlich Schwächern trifft jeder Streit mit seinen Folgen, vor allem auch jeder Prozeß weit härter als den Chef; die Grundlagen seiner Stellung sind eben auch die Grundlagen seiner Existenz. Man hat deshalb den Ruf nach Wiedereinführung des gesetzlichen Schriftzwanges erhoben, um auf diesem Wege alle Widerstände zu brechen. Der Gedanke hat für den ersten Augenblick etwas bestechendes — aber doch nur für den ersten Augenblick. Jedes eingehendere Nachdenken zeigt, wie gefährlich dieser Vorschlag gerade für die Angestellten ist. Ein gesetzlicher Zwang zur Schriftlichkeit würde mit Naturnotwendigkeit jenes Formularunwesen nach sich ziehen, das dem wirtschaftlich schwächeren Teile am gefährlichsten ist. Es würde sich sehr bald ein Vertragsschema ausbilden, das mit allen Feinheiten juristischer Technik ausgearbeitet jeden gesetzlich möglichen Vorteil dem Dienstherrn vorbehalten und den Angestellten in ein jede Bewegung hemmendes Paragraphennetz verstricken würde. Auch der Gedanke, daß etwa eine Organisation der Angestellten Formular gegen Formular aufstellen und das ihrige den Prinzipalen aufzwingen sollte, ist von der Hand zu weisen. Das mag für die im Massenkampf stehenden Arbeiter taugen, nicht aber für den Stand der Privatbeamten. Ohne zu verkennen und ohne zu leugnen, daß vielfach gegensätzliche Interessen vorhanden sind, schätzen wir doch die Interessengemeinschaft, die im übrigen besteht, noch höher — so hoch ein, daß wir hoffen, auf ihrem Boden immer mehr zu gerechtem Ausgleiche, zu verständnisvoller, praktischer Einigung zu gelangen. Zu wünschen wäre, daß alle Faktoren — Handelskammern, Arbeitgeberverbände, Angestellten-Vereine und sonstige Vertretungen der in Betracht kommenden Berufsstände — es sich angelegen sein ließen, bei Arbeitgebern und Angestellten dahin zu wirken, daß die Forderung des Abschlusses eines schriftlichen Vertrages allgemein erhoben und von den Arbeitgebern nicht als ein unberechtigtes oder doch überflüssiges Ansinnen angesehen würde.

*

Berlin, 22. September.

* **Vom Kronprinzen.** Die erste Wohnung des zukünftigen Kronprinzenpaares wird entgegen anderen Nachrichten das Stadtschloß in Potsdam sein. Der nach dem königlichen Reitstall zu gelegene Flügel des Stadtschlosses wird, nach der „Voss. Ztg.“, schon in großer Eile in Stand gesetzt, da, wie in unterrichteten Kreisen verlautet, schon Mitte Januar die Hochzeit stattfinden soll. Das junge Paar wird dieselben Räume bewohnen, welche das jetzige Kaiserpaar in jungen Jahren als Kronprinzenpaar bewohnt hat.

* **Der Arbeitsmarkt im August** trug nach dem amtlichen „Reichsarbeitsblatt“ im großen und ganzen dasselbe Gepräge wie derjenige des vorangegangenen Monats und weist die der Jahreszeit entsprechenden Züge auf. Störend wirkte auch im August die ungewöhnliche Trockenheit auf die Gestaltung der Binnenschiffahrt und dadurch auf den Gang